

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2007

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2007	1
1.2	Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen	4
1.3	Unternehmensinsolvenzen im konjunkturellen Umfeld	6
1.4	Parameter insolventer Unternehmen	10
1.5	Exkurs: Creditreform Bonitätsatlas	14
1.6	Insolvenzen und die Schäden	18
1.7	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	19
1.8	Exkurs: Sanierung in der Insolvenz	21
1.9	Finanzierung und Insolvenzen	23
1.10	Große Firmeninsolvenzen	25
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	29
2.1	Gründungsbilanz	29
2.2	Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung	33
2.3	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern	34
2.4	Exkurs: Was ist aus den Millenniums-Gründungen geworden?	38
3	Zusammenfassung	40

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2007

Wie sich bereits in der Halbjahresanalyse abzeichnete, setzt sich die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen – allerdings in leicht abgeschwächter Form – weiter fort: Um 10,4 Prozent auf insgesamt 27.490 Fälle reduzieren sich die Unternehmensinsolvenzen im Gesamtjahr 2007 (2006: 30.680 Fälle; minus 16,7 Prozent).

Die Verbraucherinsolvenzen – also die Konkurse von Privatpersonen – hingegen verzeichnen weiter deutliche Zuwächse, allerdings ist auch hier eine Verlangsamung des Trends festzustellen: War im vergangenen Jahr noch ein Anstieg um 34,2 Prozent auf 92.450 Verbraucherinsolvenzen zu konstatieren, so schrumpft er aktuell auf 18,3 Prozent. Dennoch kennzeichnet die aktuelle Entwicklung einen neuen Rekord: Zum ersten Mal seit Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens 1999 durchbrechen die Konkurse von Privatpersonen die 100.000er-Grenze: 109.330 Anträge auf Restschuldbefreiung gehen im Verlauf des Jahres 2007 bei den Gerichten ein – so viele wie noch nie zuvor.

Bei den sonstigen Insolvenzen – darunter werden die Anträge von natürlichen Personen als Gesellschafter, der ehemals Selbstständigen sowie die Nachlasskonkurse zusammengefasst – vollzieht sich eine Trendwende: Um 4,9 Prozent auf 30.180 Fälle nehmen diese Insolvenzen ab. Im vergangenen Jahr war noch ein leichter Zuwachs um 3,0 Prozent auf 31.730 Fälle festzustellen gewesen.

Insgesamt steigen die Insolvenzen weiter an, jedoch deutlich moderater als noch im vergangenen Jahr: 167.000 Anträge beschäftigen die Gerichte deutschlandweit im Jahr 2007, was einem Anstieg um 7,8 Prozent oder 12.140 Fällen entspricht. Dagegen war im Jahr zuvor noch ein Anstieg von 13,4 Prozent auf 154.860 Fälle zu verzeichnen gewesen (2005: 136.570).

***Up and down:
Verbraucher- und Unternehmensinsolvenzen***

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamt- insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen **)	sonstige Insolvenzen **)
1999	33.870 - 0,3%	26.620 - 4,3%	2.450 -	4.800 -
2000	41.780 + 23,4%	27.930 + 4,9%	10.360 + 322,9%	3.490 - 27,3%
2001	49.510 + 18,5%	32.390 + 16,0%	13.490 + 30,2%	3.630 + 4,0%
2002	84.330 + 70,3%	37.620 + 16,1%	21.520 + 59,2%	25.190 + 593,9%
2003	100.350 + 19,0%	39.470 + 4,9%	33.510 + 55,7%	27.370 + 8,7%
2004	118.260 + 17,8%	39.270 - 0,5%	49.100 + 46,5%	29.890 + 9,2%
2005	136.570 + 15,5%	36.850 - 6,2%	68.900 + 40,3%	30.820 + 3,1%
2006	154.860 + 13,4%	30.680 - 16,7%	92.450 + 34,2%	31.730 + 3,0%
2007 *)	167.000 + 7,8%	27.490 - 10,4%	109.330 + 18,3%	30.180 - 4,9%

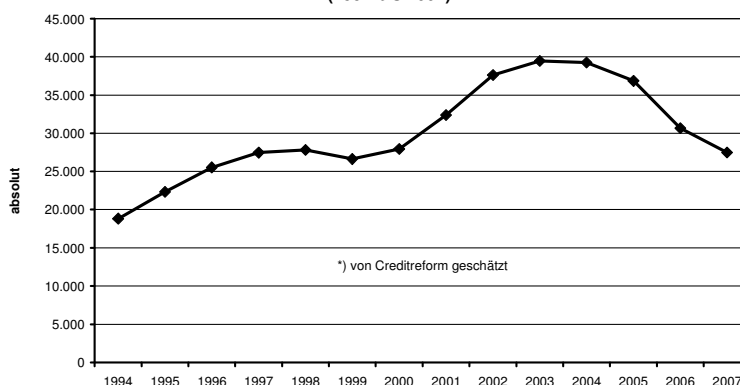
*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Neuer Bubble im Immobiliensektor?

Die Langzeitgrafik verdeutlicht die Entwicklung der vergangenen dreizehn Jahre: Aktuell liegen die Unternehmensinsolvenzen wieder etwa auf dem Niveau von 1999/2000 – das war vor dem Platzen der New Economy Blase und dem Konjunkturunbruch in Deutschland. Den Höhepunkt des Insolvenzgeschehens markiert das Jahr 2003, als knapp 40.000 Unternehmer den wirtschaftlichen Niedergang ihres Betriebes anzeigten.

Grafik 1: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland (1994 bis 2007)



In Westdeutschland halbiert sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen und beträgt aktuell minus 8,1 Prozent. 21.530 Konkurse sind zu zählen (Vorjahr:

23.440 Fälle, was einem Rückgang um 16,3 Prozent entsprach). In Ostdeutschland hingegen sind wie im vergangenen Jahr deutlichere Rückgänge zu konstatieren: Um 17,7 Prozent nehmen hier die Unternehmensinsolvenzen ab und betragen nun in der Summe 5.960 Fälle.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	115.840	+ 11,8%	23.440	- 16,3%	69.720	+ 29,6%	22.680	+ 4,0%
2007 *)	124.490	+ 7,5%	21.530	- 8,1%	81.540	+ 17,0%	21.420	- 5,6%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Verlangsamung der Zuwächse bei den Verbraucherinsolvenzen vollzieht sich in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen – in den neuen Bundesländern von einem höheren relativen Niveau kommend etwas stärker: Während im Westen aktuell ein Anstieg um 17,0 Prozent auf 81.540 Verbraucheranträge gezählt wird (im Vorjahr betrug der Anstieg noch 29,6 Prozent, was 69.720 Anträgen entspricht), ist im Osten ein Anstieg um 22,3 Prozent festzustellen (27.790 Anträge). Allerdings betrug der Zuwachs im Jahr 2006 noch 50,6 Prozent (22.730 Anträge).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	39.020	+ 18,5%	7.240	- 18,0%	22.730	+ 50,6%	9.050	+ 0,4%
2007 *)	42.510	+ 8,9%	5.960	- 17,7%	27.790	+ 22,3%	8.760	- 3,2%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die sonstigen Insolvenzen nehmen im Westen um 5,6 Prozent ab (21.420 Fälle; Vorjahr: 22.680 Fälle) und im Osten um 3,2 Prozent (8.760 Fälle, Vorjahr: 9.050 Fälle).

Insgesamt steigen die Insolvenzen in Ostdeutschland etwas stärker – nämlich um 8,9 Prozent auf 42.510 Fälle – an als im Westen, wo der Zuwachs bei 7,5 Prozent liegt und 124.490 Fälle von Unternehmens- und Privatpersonenkonkursen zu zählen sind.

1.2 Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Insolvenzen natürlicher Personen nimmt nach wie vor – wenn auch in abgeschwächter Form – zu. Um 18,3 Prozent auf 109.330 Fälle stiegen die Insolvenzen von Privatpersonen, um lediglich 0,3 Prozent dagegen die Insolvenzen von ehemals selbstständig Tätigen, die sich aufgrund ihrer persönlichen Haftung für Unternehmensschulden in das Restschuldbefreiungsverfahren begeben.

Wer jedoch vermutet, mit der Verlangsamung des Anwachsens der Insolvenzen sei bereits eine Trendwende in Sicht, der sieht sich vor folgenden Zahlen: Die

Zahl der überschuldeten Privatpersonen in Deutschland belief sich am Stichtag 01. Oktober 2007 auf 7,34 Millionen. Das entspricht einer Schuldnerquote (erwachsene Einwohner im Verhältnis zur Zahl der Überschuldeten) von 10,85 Prozent (01. Oktober 2006: 10,68 Prozent). Zwar ist auch hier – im Vergleich zu den Vorjahren – eine Verlangsamung der Zunahme der überschuldeten Personen festzustellen. Allerdings ist ein Rückgang der Insolvenzen von Privatpersonen noch lange nicht in Sicht, wenn man bedenkt, wie viele potenzielle Antragsteller es in Deutschland gibt. Die Hauptgründe für ein Abrutschen von der Ver- in die Überschuldung sind seit Jahren unverändert: Arbeitslosigkeit, Trennung vom Lebenspartner und unökonomische Haushaltsführung.

Aber auch die teils sehr aggressive Werbestrategie für Verbraucherkredite einiger Banken kann zum unbeachteten Kreditabschluss verführen. Das hat jetzt sogar die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf den Plan gerufen. Jochen Sanio, Chef der Finanzaufsicht, kündigte an, so genannte „Cold Callings“ werde man den Banken nicht durchgehen lassen. Die unerwünschte Telefonwerbung hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Bei Ordnungswidrigkeiten setze die Geschäftsleitung ihre Zuverlässigkeit auf Spiel, so Sanio weiter. Der Markt für Ratenkredite ist derzeit heftig umkämpft, das Marktvolumen betrug 2006 rund 130 Milliarden Euro.

Tab. 4: Private Insolvenzen in Deutschland

■	2007 *)	2006	Veränd. in Prozent
Verbraucher	109.330	92.450	+ 18,3
ehemals Selbstständige	26.930	26.850	+ 0,3
Sonstige	3.250	4.880	- 33,4
Gesamt	139.510	124.180	+ 12,3

*) von Creditreform geschätzt

Grund für die reduzierten Zuwächse bei den Insolvenzen könnte die Aussicht auf eine Novellierung des Verbraucherinsolvenzrechtes sein, die schon länger im Raum steht (siehe „Insolvenzen, Neugründungen und

Erleichterungen für Verbraucher

Löschungen, Jahr 2006“) und immer wieder Veränderungen erfährt. Im Prinzip geht es bei der Reform um eine Verschlankeung des Verfahrens zugunsten der Schuldner und der Staatskasse. Im August beschloss das Bundeskabinett den Gesetzentwurf, im Oktober bezog der Bundesrat Stellung und plädierte für Korrekturen. Aktuell geplant ist, das Verfahren im Herbst nächsten Jahres einzuführen. Zunächst war noch angedacht, die Änderungen des Insolvenzverfahrens zum 1. Januar 2008 einzuführen.

Der aktuell vorliegende Entwurf wird in Einzelheiten von Praktikern kritisiert, dem Tenor nach herrscht jedoch Einigkeit, dass es sich bei den Änderungen um einen Schritt in die richtige Richtung handelt. Kernpunkt der Reform – und nicht mehr strittig – ist die Abschaffung des eigentlichen Insolvenzverfahrens für mittellose Verbraucher, die nach Angaben des Bundesministeriums der Justiz achtzig Prozent aller Verfahren ausmachen. Ein mittelloser Schuldner muss eine Bescheinigung einer geeigneten Person oder Stelle vorlegen, aus der sich ergibt, dass eine Einigung mit den Gläubigern „offensichtlich aussichtslos“ – so die neue Formulierung – war. Sein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird mangels Masse abgelehnt und das Verfahren sofort in die sechsjährige Wohlverhaltensperiode übergeleitet. Die so jährlich zu erzielende Kostenersparnis beziffert das BMJ auf 150 Millionen Euro.

1.3 Unternehmensinsolvenzen im konjunkturellen Umfeld

Zum Rückgang der Unternehmensinsolvenzen hat die gute Konjunktur beigetragen: Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, hat sich die Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft im dritten Quartal 2007 wieder verstärkt. Um 0,7 Prozent war das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt höher als im zweiten Quartal des Jahres. Im ersten Quartal 2007 war die Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent und im zweiten Quartal um 0,3 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorquartal angestiegen.

Insolvenzen im Lichte guter Konjunktur

Tab. 5: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2007 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Steigerung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.290 (2.650)	10,6 (11,3)	- 13,6
Ost	600 (730)	10,1 (10,1)	- 17,8
Deutschland	2.890 (3.380)	10,5 (11,0)	- 14,5
Bau			
West	3.570 (4.010)	16,6 (17,1)	- 11,0
Ost	1.410 (1.910)	23,7 (26,4)	- 26,2
Deutschland	4.980 (5.920)	18,1 (19,3)	- 15,9
Handel			
West	4.540 (4.970)	21,1 (21,2)	- 8,7
Ost	1.100 (1.440)	18,5 (19,9)	- 23,6
Deutschland	5.640 (6.410)	20,5 (20,9)	- 12,0
Dienstleist.			
West	11.130 (11.810)	51,7 (50,4)	- 5,8
Ost	2.850 (3.160)	47,8 (43,6)	- 9,8
Deutschland	13.980 (14.970)	50,9 (48,8)	- 6,6
Gesamt			
West	21.530 (23.440)	100,0 (100,0)	- 8,1
Ost	5.960 (7.240)	100,1 (100,0)	- 17,7
Deutschland	27.490 (30.680)	100,0 (100,0)	- 10,4

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

Wie schon im letzten Jahr verzeichnet das Baugewerbe den stärksten Rückgang bei den Insolvenzen. Um insgesamt 15,9 Prozent auf knapp 5.000 Betriebe verringerte sich das Insolvenzaufkommen in dieser Branche, wobei mittlerweile deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zu beobachten sind. Während sich die Insolvenzen in Westdeutschland mit einem Rückgang von 11,0 Prozent fast im gesamtdeutschen Schnitt bewegen, ist die Veränderungsrate in Ostdeutschland mit minus 26,2 Prozent mehr als doppelt so hoch. Dass das Baugewerbe sich dennoch noch nicht komplett von der zwölf Jahre währenden Abwärtsfahrt erholt hat, zeigt die Tabelle 6 der Risikoquoten. Nach wie vor liegt das Insolvenzaufkommen im Baubereich mit einer Risikoquote von 154 (Vorjahr: 183) deutlich über dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche von 90 (Vorjahr: 101).

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) erwartet für das laufende Jahr ein Umsatzwachstum von lediglich 1,5 Prozent auf 82,5 Mrd. Euro. Verantwortlich für den aktuellen Trend zeige sich

speziell das Neubaugeschäft. Zwischen April und August verzeichnete der Wohnungsbau bei den geleisteten Arbeitsstunden ein sattes Minus von 7,7 Prozent, auch der Wirtschaftsbau (minus 2,8 Prozent) und der öffentliche Bau (minus 0,4 Prozent) sind weiter rückläufig. Nach Angaben des ZDB klagen viele Bauunternehmen über mangelnde Auslastung, Kurzarbeit und darauf folgende Entlassungen. Im Zeitraum von Januar bis August legte das Auftragsvolumen im Vergleich zum Vorjahr nur um 2 Prozent zu. Verantwortlich für diesen Zuwachs ist den Zahlen nach vor allem der gewerbliche Bau, der mit 8,8 Prozent Auftragszuwachs ein positives Zeichen setzte. Der Wohnungsbau mit einem Minus von 9,6 Prozent und die Stagnation im öffentlichen Bau konnten durch den gewerblichen Bau allerdings nicht ausgeglichen werden. Die Gründe für die derzeit schwierige Lage seien vielfältig, so der ZDB: Die letzten Investitionen im Rahmen der Eigenheimzulage liefen langsam aus, nach dem Wegfall der staatlichen Förderung seien neue Impulse ausgeblieben.

Tab. 6: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2007

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	77 (90)
Baugewerbe	154 (183)
Handel	80 (91)
Dienstleistungen	86 (92)
Gesamt	90 (101)
hierunter:	
Westdeutschland	86 (94)
Ostdeutschland	111 (135)

() = Vorjahresangaben

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Die Dienstleister weisen einen unterdurchschnittlichen Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen von nur 6,6 Prozent auf, sind aber – wie Tabelle 6 darlegt – auch nur unterdurchschnittlich von Insolvenzen betroffen, setzt man diese ins Verhältnis zur Zahl der Betriebe insgesamt in dieser Branche (86 Insolvenzen pro 10.000 existente Unternehmen).

Die höhere Insolvenz betroffenheit der ostdeutschen Unternehmen ist trotz des stärkeren Rückgangs weiter gegeben. Während im Westen durchschnittlich 86 von 10.000 Betrieben (Vorjahr: 94) in die Insolvenz gingen, sind es in Ostdeutschland 111 (Vorjahr: 135).

Tab. 7: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenz- quote
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	
Verlag von Fachzeitschriften	270
Textilveredelung	268
Stahl- und Leichtmetallbau	268
<u>Bau</u>	
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	507
Abbruch-, Spreng- und Entrümmerungsgewerbe	490
Estrichlegerei	441
<u>Handel</u>	
sonstiger Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	447
Autowaschanlagen	436
sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	422
<u>Dienstleistung</u>	
private Kurierdienste	653
Diskotheken	592
Detekteien	557

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

Das am stärksten exportorientierte Verarbeitende Gewerbe erweist sich als Primus unter den Hauptwirtschaftsbereichen: Innerhalb eines Jahres reduzierte sich das Insolvenzaufkommen überdurchschnittlich um 14,5 Prozent auf 2.890 betroffene Unternehmen. Die Insolvenzquote reduzierte sich infolgedessen von 90 auf 77 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen. Wer auf Export setzt, hat mit Insolvenzen nur wenig zu tun, scheint die Schlussfolgerung zu lauten. Doch nicht nur die Konjunktur ist ausschlaggebend für das Wohl und Wehe eines Unternehmens. Die Universität Mannheim – genauer: das Zentrum für Insolvenz und Sanierung –

Gretchenfrage nach dem Controlling

befragte 125 Insolvenzverwalter, die insgesamt 19.000 Insolvenzen bearbeiten, nach den Hauptgründen für das Scheitern von Unternehmen. An erster Stelle (79 Prozent) steht nach Meinung der Befragten ein fehlendes Controlling gefolgt von Finanzierungslücken (76 Prozent), einem „unzureichenden Debitorenmanagement“ (64 Prozent) und einer „autoritären Führung“ (57 Prozent).

1.4 Parameter insolventer Unternehmen

Der Anteil an Mikrobetrieben am Insolvenzgeschehen steigt seit Jahren an. Jeder vierte Konkursantrag (25,5 Prozent; Vorjahr: 22,7 Prozent) betrifft mittlerweile eine Unternehmung, die weniger als 100.000 Euro im Jahr umgesetzt hat. Betriebe, die fünf Millionen Euro und mehr Umsatz pro Jahr erwirtschaften, machen demgegenüber nur einen geringen Teil des Insolvenzgeschehens aus: In diesem Jahr sind es 4,2 Prozent; im Jahr 2006 waren es 4,1 Prozent. In der obersten Umsatzgrößenklasse ist keine Abnahme der Fälle zu beobachten: Sowohl in diesem als auch im vergangenen Jahr mussten 60 Betriebe mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz Insolvenz anmelden.

Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2007 *) für Gesamtdeutschland in Mio. Euro

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.010 (6.960)	25,5 (22,7)
> 0,1 – 0,25	6.700 (7.490)	24,4 (24,4)
> 0,25 – 0,5	4.840 (5.550)	17,6 (18,1)
> 0,5 – 5,0	7.790 (9.420)	28,3 (30,7)
> 5,0 – 25,0	1.010 (1.110)	3,7 (3,6)
> 25,0 – 50,0	80 (90)	0,3 (0,3)
> 50,0	60 (60)	0,2 (0,2)
Gesamt	27.490 (30.680)	100,0 (100,0)

*) Creditreform-Schätzung, () = Vorjahresangaben

15,5 Prozent (Vorjahr: ebenfalls 15,5 Prozent) der Insolvenzen betreffen Unternehmen, die nicht älter als zwei Jahre sind. Ein gutes Drittel der Konkurse (35,4 Prozent) wird von Betrieben gestellt, die schon länger als zehn Jahre am Markt agieren. Die Quote steigt seit

einigen Jahren ständig an. Im vergangenen Jahr lag sie noch bei 35,0 Prozent.

Tab. 9: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2007

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	16,0 (16,2)	13,8 (12,7)	15,5 (15,5)
3 bis 4 Jahre	17,7 (16,8)	16,7 (14,8)	17,4 (16,4)
5 bis 6 Jahre	12,9 (13,1)	13,1 (12,8)	12,9 (13,1)
7 bis 8 Jahre	9,8 (11,1)	11,1 (13,1)	10,1 (11,5)
9 bis 10 Jahre	8,3 (8,2)	9,7 (9,8)	8,7 (8,5)
über 10 Jahre	35,4 (34,6)	35,7 (36,8)	35,4 (35,0)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Tab. 10: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	80,7 (77,7)	79,6 (75,4)	80,4 (77,3)
6 – 10 Personen	9,2 (10,2)	10,1 (11,5)	9,4 (10,5)
11 – 20 Personen	5,4 (6,2)	5,9 (7,2)	5,5 (6,4)
21 – 50 Personen	3,2 (4,0)	3,3 (4,4)	3,2 (4,1)
51 – 100 Personen	0,9 (1,3)	0,8 (1,0)	0,9 (1,2)
> 100 Personen	0,7 (0,6)	0,4 (0,4)	0,6 (0,6)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Parallel zum gestiegenen Aufkommen der umsatzschwachen Unternehmensinsolvenzen stieg auch die Zahl der betroffenen Betriebe, die weniger als sechs Personen beschäftigten, und zwar von 77,3 auf 80,4 Prozent im Jahresverlauf. Alle anderen Größenklassen hingegen verzeichnen Rückgänge am Insolvenzaufkommen bis auf die größte Beschäftigtenklasse mit mehr als 100 Personen: Hier ist eine Stagnation festzustellen. 0,6 Prozent der insolventen Unternehmen beschäftigten mehr als 100 Mitarbeiter (Vorjahr: ebenfalls 0,6 Prozent.). Dieses Ergebnis korrespondiert mit denen aus Tabelle 8 gezogenen Schlüssen: Die Insolvenzbetroffenheit großer Betriebe liegt zwar relativ gesehen auf niedrigem Niveau, verzeichnet aber keine Rückgänge.

Mehr als die Hälfte aller Insolvenzen (53,7 Prozent; Vorjahr: 52,3 Prozent) betreffen die so genannten Kleingewerbetreibenden. Bei den Kleingewerbetrei-

**Transparenz im
Kleingewerbe**

benden ist das nicht ins Handelsregister eingetragene Unternehmen dadurch gekennzeichnet, dass die Art der Tätigkeit einfach, der Geschäftsumfang überschaubar und kaufmännische Einrichtungen wie doppelte Buchführung, Inventur und Bilanz nicht erforderlich sind. Einfacher Art sind solche Geschäfte, die unkompliziert abgewickelt werden können, bei denen langfristige Dispositionen nicht erforderlich sind und auch keine lang andauernden Gewährleistungsfristen eingehalten werden müssen. Der Kleingewerbetreibende haftet für Verbindlichkeiten aus seiner gewerblichen Tätigkeit unbeschränkt sowohl mit dem Betriebs- als auch mit seinem Privatvermögen (und findet sich so auch bei den Privatinsolvenzen).

Tab. 11: Insolvenzen nach Rechtsformen 2007

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,9 (3,4)	3,9 (2,7)	3,9 (3,2)
Kleingewerbetreibende	52,5 (50,0)	57,4 (61,1)	53,7 (52,3)
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,1)	1,0 (1,3)	1,1 (1,1)
Einzelfirma	4,2 (4,6)	2,4 (2,1)	3,7 (4,1)
OHG	0,3 (0,4)	0,2 (0,2)	0,2 (0,3)
KG	0,5 (0,6)	0,5 (0,4)	0,5 (0,6)
GmbH & Co. KG	3,7 (4,1)	3,0 (2,1)	3,6 (3,7)
GmbH	32,7 (34,6)	30,0 (28,7)	32,0 (33,4)
AG	0,6 (0,8)	0,6 (0,4)	0,6 (0,7)
eG	0,0 (0,0)	0,1 (0,3)	0,1 (0,1)
eV	0,6 (0,5)	1,0 (0,7)	0,7 (0,5)

Quelle: Creditreform-Datenbank; Angaben in Prozent

Auf Platz zwei der Rechtsformen mit der höchsten Insolvenzbetroffenheit rangiert die GmbH. 32,0 Prozent (Vorjahr: 33,4 Prozent) aller Konkurse gehen auf das Konto der GmbH. Die Rechtsform der GmbH ist vor allem im Mittelstand weit verbreitet. Das Bundeskabinett hat im Mai 2007 die Modernisierung dieser Rechtsform auf den Weg gebracht („MoMiG“ = Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen). Ziel ist es unter anderem, Unternehmensgründern schnell und unkompliziert die Umsetzung ihrer Geschäftsidee zu ermöglichen. Gründer dürften von der Absenkung des Mindest-

**Erleichterte Gründung,
leichterer Abgang?**

stammkapitals von 25.000 Euro auf 10.000 Euro profitieren. Neu ist insbesondere eine GmbH-Variante: die so genannte Unternehmensgesellschaft, für die nur ein Euro Mindeststammkapital benötigt wird. Allerdings unterliegt sie strengeren Publizitäts- und Kapitalerhaltungsvorschriften. So darf das Unternehmen Gewinne solange nicht ausschütten, bis ein Mindeststammkapital von 10.000 Euro angespart wurde und die Unternehmung in eine „normale“ GmbH übergeht. Für Existenzgründer im Dienstleistungsbereich ohne großen Kapitalbedarf könnte die neue Variante den Einstieg tatsächlich erleichtern, zumal bei Nutzung eines Muttergesellschaftsvertrages die notarielle Beurkundungspflicht entfällt.

Die geringe Mindestkapitalquote birgt aber auch hohe Risiken. So zeigt eine weitergehende Analyse der Daten, dass ein linearer negativer Zusammenhang zwischen der Höhe des Stammkapitals und der Insolvenzanfälligkeit besteht. Bei Kapitalgesellschaften, deren Stammkapital der bislang gesetzlich vorgeschriebenen Mindesthöhe von 25.000 Euro entspricht, entwickeln 24 von 1.000 existenten Unternehmen innerhalb von zwölf Monaten ernste Zahlungsprobleme bis hin zur Zahlungsunfähigkeit – bei GmbH mit höherem Stammkapital sind es lediglich 15. Dieser Unterschied wurde bei kleinen genauso wie bei mittleren und großen Kapitalgesellschaften beobachtet.

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	26.620	18.803	70,6
2000	27.930	16.502	59,1
2001	32.390	17.763	54,8
2002	37.620	16.310	43,4
2003	39.470	16.530	41,9
2004	39.270	15.660	39,9
2005	36.850	13.590	36,9
2006	30.680	10.190	33,2
2007 *)	27.490	8.490	30,9

*) von Creditreform geschätzt

Insolvenzgericht entscheidet über Masselosigkeit

Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Insolvenzanträge reduzierte sich im Jahresverlauf weiter und liegt aktuell bei 30,9 Prozent. Immer noch zu viel, wenn man bedenkt, dass es eine Abweisung mangels Masse bei Kapitalgesellschaften eigentlich gar nicht geben dürfte, sind doch die Verantwortlichen bereits bei vorliegender Überschuldung gesetzlich verpflichtet, einen Insolvenzantrag zu stellen – nicht erst bei Zahlungsunfähigkeit. Eine Überschuldung liegt aber bereits immer dann vor, wenn zehn Prozent der fälligen Forderungen nicht innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen beglichen werden können. Zudem variieren die Eröffnungsquoten von Gericht zu Gericht stark, wie eine umfassende Untersuchung von Prof. Hans Haarmeyer und Julian Beck ergab: So lag die Eröffnungsquote für Kapitalgesellschaften im Jahr 2006 am Amtsgericht Meppen bei gerade einmal 19,6 Prozent, beim Amtsgericht Nordenham dagegen bei 100 Prozent. Die empirische Untersuchung ergab, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlichen Rahmendaten oder anderen externen Faktoren und der Eröffnungsquote bei einem Insolvenzgericht gibt, sondern allein die Bearbeitung der Verfahren an den jeweiligen Gerichten der für die Höhe der Eröffnungsquote maßgebliche Faktor ist. Haarmeyer kommt zu dem Schluss, dass bei konsequenter Ermittlung, Feststellung und Umsetzung insolvenz- und haftungsrechtlicher Ansprüche eine Eröffnungsquote bei Kapitalgesellschaften von 85 bis 90 Prozent und mehr durchaus erreichbar wäre und dass sich in Folge davon die Befriedigungsquoten für die Insolvenzgläubiger in einem Bereich von deutlich über 15 bis 20 Prozent bewegen würden. Die „bestmögliche Gläubigerbefriedigung“ – ein Hauptziel der Insolvenzordnung – hängt aktuell also vom zuständigen Insolvenzgericht ab.

1.5 Exkurs: Creditreform Bonitätsatlas

Der Bonitätsatlas bildet die regionale Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen in Deutschland ab und kann als ein Indikator für die Risikostruktur von Unternehmen und Branchen nach Bundesländern, Kreisen, Gemeinden und Postleitzahlgebieten verstanden wer-

den. Der Bonitätsatlas setzt sich aus Unternehmen sämtlicher Alters-, Größen- und Rechtsformklassen über alle Branchen zusammen. Sämtliche Unternehmen in den Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland werden – dem Schulnotenprinzip folgend – in sechs Risikoklassen unterteilt, die auf dem Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) basieren, der die Ausfallwahrscheinlichkeit der Unternehmen in einer Region misst. Dabei gelten für Unternehmen folgende Negativmerkmale:

- unternehmerisches Insolvenzverfahren
- Insolvenzverfahren von unternehmerisch tätigen Personen
- sonstige Insolvenzverfahren (etwa Nachlässe)
- Eidesstattliche Versicherungen und Haftanordnungen unternehmerisch tätiger Personen

Berechnet wird er, indem man die Zahl der Unternehmen mit Negativmerkmalen durch die Zahl der Unternehmen in der Region teilt. Der durchschnittliche Risikoindikator für alle Unternehmen in ganz Deutschland liegt im Jahr 2007 (Berechnung erfolgte zum Stichtag 30.06.2007 und wurde für das Gesamtjahr hochgerechnet) bei 2,11 Prozent – im Gesamtjahr 2006 lag er noch bei 2,26 Prozent.

Tab. 13: Bonitätsatlas auf Bundeslandebene

■	1. Halbjahr 2007 (mit Hochrechnung)	Jahr 2006
Bayern	1,52	1,62
Baden-Württemberg	1,75	1,83
Hamburg	1,81	1,86
Thüringen	1,91	2,38
Saarland	1,94	2,19
Schleswig-Holstein	2,12	2,29
Hessen	2,15	2,27
Rheinland-Pfalz	2,17	2,29
Sachsen	2,24	2,65
Bremen	2,35	2,43
Nordrhein-Westfalen	2,38	2,48
Mecklenburg-Vorp.	2,41	2,70
Berlin	2,52	2,91
Brandenburg	2,54	2,80
Niedersachsen	2,56	2,60
Sachsen-Anhalt	2,76	3,14
Durchschnitt	2,11	2,26

Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) in Prozent

Alle Bundesländer weisen Verbesserungen auf. Am meisten aber legten Thüringen (CRI: 1,91; minus 0,47 Prozentpunkte im Jahresverlauf) und Sachsen (CRI: 2,24 Prozent; minus 0,41 Prozentpunkte im Jahresverlauf) zu. Dennoch bleibt Bayern (CRI: 1,52 Prozent; Vorjahr: 1,62 Prozent) ungeschlagen – wie im letzten Jahr – vor Baden-Württemberg (CRI: 1,75; Vorjahr: 1,83 Prozent) und Hamburg (CRI: 1,81; Vorjahr: 1,86 Prozent).

Am unteren Ende der Skala aber gab es Bewegung: Niedersachsen rutschte – trotz Verbesserung des CRI-Indikators von Platz zwölf auf den vorletzten Platz ab (CRI: 2,56; Vorjahr: 2,60 Prozent). Berlin konnte zwei Plätze gut machen und verbesserte sich vom vorletzten auf den 13. Platz (CRI: 2,52; Vorjahr: 2,91 Prozent).

**Tab. 14: Die zehn Kreise mit dem niedrigsten
Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)**

■	1. Halbjahr 2007 (mit Hochrechnung)	Jahr 2006
Rhön-Grabfeld	0,85	1,36
München	0,87	0,92
Starnberg	0,94	0,91
München, Landeshauptstadt	0,99	1,20
Dachau	1,05	1,38
Tirschenreuth	1,06	1,86
Sömmerda	1,10	2,04
Ostalbkreis	1,11	0,80
Weilheim-Schongau	1,11	1,32
Ravensburg	1,13	1,36

CRI in Prozent

**Tab. 15: Die zehn Kreise mit dem höchsten
Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)**

■	1. Halbjahr 2007 (mit Hochrechnung)	Jahr 2006
Bördekreis	4,59	3,50
Aschersleben- Staßfurt	4,08	4,35
Osterode am Harz	4,00	3,44
Herne, Stadt	3,76	3,64
Salzgitter, Stadt	3,65	3,90
Oberspreewald- Lausitz	3,50	2,44
Rostock	3,47	3,36
Magdeburg, Landeshauptstadt	3,47	3,86
Ohrekreis	3,43	3,83
Gelsenkirchen, Stadt	3,34	2,68

CRI in Prozent

Die Top drei der Kreise mit den wenigsten insolvenzgefährdeten Unternehmen ist komplett in bayerischer Hand: Platz eins belegt der Rhön-Grabfeld Kreis mit einem Risikoindikator von nur 0,85 Prozent (Vorjahr: 1,36). Auf Platz zwei rangiert der Kreis München (CRI: 0,87 Prozent; Vorjahr: 0,92) gefolgt von Starnberg mit einem Risikoindikator von 0,94 Prozent (Vorjahr: 0,91).

Am unteren Ende der Skala liegt der Bördekreis in Sachsen-Anhalt mit einem Risikoindikator von 4,59 Prozent (Vorjahr: 3,50 Prozent). Ebenfalls in Sachsen-Anhalt befindet sich der Kreis Aschersleben-Staßfurt mit einem Risikoindikator von 4,08 Prozent (Vorjahr: 4,35 Prozent). Auf dem drittletzten Platz liegt Osterode am Harz (Niedersachsen) mit einem CRI von 4,00 Prozent (Vorjahr: 3,44 Prozent).

1.6 Insolvenzen und die Schäden

Die Schadenssumme durch Unternehmensinsolvenzen verursacht, schätzt Creditreform für das Jahr 2007 auf 29,2 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor waren noch Forderungen in Höhe von 31,1 Milliarden Euro offen geblieben. 21,2 Milliarden betreffen private Gläubiger, die öffentliche Hand hat Ausfälle in Höhe von 8,0 Milliarden zu beklagen.

Tab. 16: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005	26,7	10,8	37,5
2006	22,4	8,7	31,1
2007 *)	21,2	8,0	29,2

*) von Creditreform geschätzt

Das Statistische Bundesamt beziffert die Gesamtschäden, die durch Unternehmensinsolvenzen verursacht wurden, für die ersten acht Monate des laufenden Jahres auf 11,9 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag die Schadenshöhe noch bei 12,0 Milliarden Euro. Allerdings erfolgt beim Statistischen Bundesamt die Ermittlung der Forderungen zu einem relativ frühen Zeitpunkt im Verfahrensablauf. Daher sind die Gerichte vor allem auf die Auskünfte

der Schuldner angewiesen, denn die Aufforderung an die Gläubiger, ihre Ansprüche geltend zu machen, ist bei Eröffnungsbeschluss noch nicht ergangen. Häufig sind die Gerichte daher gezwungen, die Forderungshöhe zu schätzen. Bei der Ermittlung der tatsächlichen finanziellen Ergebnisse erweisen sich die bei Eröffnung genannten Forderungen regelmäßig als zu niedrig.

Der Pensions-Sicherungs-Verein, der im Fall der Insolvenz des Arbeitgebers die Betriebsrenten weiter zahlt, hat seinen Beitragssatz für das Jahr 2007 auf 3,0 Promille (Vorjahr 3,1 Promille) festgesetzt. Damit muss die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr etwas weniger für die Pensionssicherung insolventer Unternehmen aufbringen als im Vorjahr. Der Beitragssatz wird bezogen auf die von den Arbeitgebern bis 30. September 2007 gemeldete Beitragsbemessungsgrundlage. Dabei handelt es sich um die abgesicherten Rückstellungen für Betriebsrenten in den Bilanzen der Mitgliedsunternehmen, die 272 Mrd. Euro betragen. Insgesamt müssen die Mitgliedsunternehmen in diesem Jahr somit rund 816 Mio. Euro (im Vorjahr 826 Mio. Euro) zahlen. Das der Kalkulation zugrunde liegende Schadenvolumen für das Jahr 2007 beläuft sich auf 940 Mio. Euro. Es liegt damit um rund 150 Mio. Euro höher als das Schadenvolumen im Vorjahr (791,5 Mio. Euro). Aufgrund der im letzten Jahr gebildeten Rückstellung für Beitragsrückerstattung, höheren Erträgen aus Kapitalanlagen sowie Rückzahlungen aus Insolvenzen konnte jedoch der diesjährige Beitragssatz niedriger als der vorjährige festgesetzt werden. Im Pensions-Sicherungs-Verein sind etwa 68.000 deutsche Unternehmen Mitglied.

***Eine Mrd. Euro für
notleidende Pensionen***

1.7 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste beläuft sich für das Jahr 2007 auf 440.000 Betroffene und reduzierte sich im Jahresverlauf um 33.000 oder 7,0 Prozent. Dieser Rückgang ist deutlich geringer als die Abnahme der Unternehmensinsolvenzen insgesamt und scheint auf den ersten Blick nicht mit den im konjunkturellen Teil gefundenen Ergebnissen –

zunehmende Insolvenz von kleinen und Kleinstunternehmen – zu korrespondieren. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass die Insolvenzbetroffenheit von großen Unternehmen (siehe Tabellen 8 und 10) nicht abgenommen hat, sondern stagniert. Sowohl in diesem als auch im letzten Jahr mussten 60 Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz Insolvenz anmelden. Das größte in diesem Jahr ist die Schieder-Möbelgruppe (siehe Kapitel 1.10) – insgesamt 3.500 Arbeitsplätze sind allein dort von der Insolvenz betroffen.

Das Statistische Bundesamt hat in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres sogar einen Zuwachs der von Insolvenzen betroffenen Beschäftigten zu verzeichnen – und zwar um 1,89 Prozent.

Rückgang der betroffenen Arbeitsplätze

Tab. 17: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

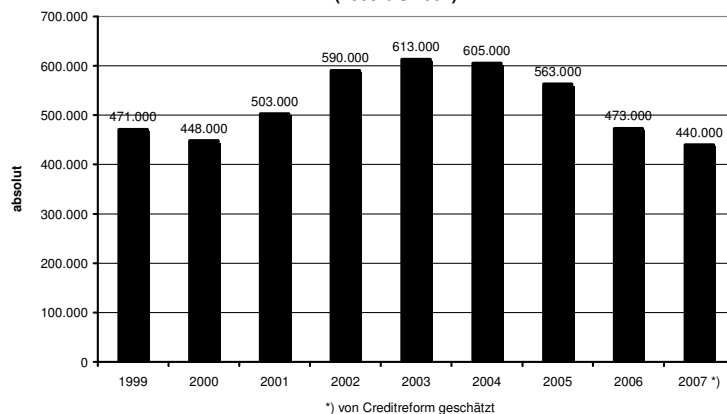
■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007 *)	440.000	- 7,0

*) von Creditreform geschätzt

Als weiterer Anhaltspunkt für die Veränderungsdaten der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste können die Insolvenzgeldanträge gelten, die bei der Bundesagentur für Arbeit auflaufen, wenn ein Unternehmen die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt. Die Bundesagentur veröffentlicht die Zahl der Anträge seit diesem Jahr nicht mehr, allerdings die Höhe der geleisteten Beiträge. Diese beliefen sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres auf 576 Millionen Euro. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden noch 619 Millionen Euro ausgezahlt, das entspricht einem Rückgang von 6,9 Prozent im Jahresverlauf.

Arbeitnehmer haben im Falle der Insolvenz ihres Arbeitgebers einen Anspruch auf Zahlung ihres Nettolohnes für drei Monate. Das Arbeitsamt zahlt allerdings nur bis zur Bemessungsgrenze für die Krankenversicherung, die aktuell bei 3.975 Euro liegt. Erhält ein Leistungsträger deutlich mehr Gehalt, kann es schwierig werden, ihn zum Bleiben zu bewegen. Auf der anderen Seite ist es gerade in der Anfangsphase einer Insolvenz wichtig, das Know-how in der Firma zu halten, da anderenfalls eine etwaige Sanierung deutlich erschwert würde.

Grafik 2: Arbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland (1999 bis 2007)



1.8 Exkurs: Sanierung in der Insolvenz

Kann ein Sanierungskonzept im Vorfeld einer Insolvenz nicht durchgesetzt werden, weil Gläubiger nicht vom Teilverzicht oder der Stundung ihrer Forderungen überzeugt werden können, bleibt häufig nur die Stellung eines Insolvenzantrages. Die Insolvenzordnung stellt im Prinzip zwei Möglichkeiten der Sanierung zur Verfügung – nämlich die übertragende Sanierung und den Insolvenzplan. Bei der übertragenden Sanierung wird das Unternehmen entweder an betriebsfremde Erwerber oder sanierungswillige Verfahrensbeteiligte übertragen. Ziel ist es, die Vermögenswerte des insolventen Unternehmens von seinen Schulden zu trennen.

Das Insolvenzplanverfahren ist ein flexibles Verfahren, das Gläubigern die Entscheidungsfreiheit über den Ausgang des Verfahrens zurückgibt (Sanierung,

Liquidation, übertragende Sanierung). Nach den Ergebnissen einer umfassenden Untersuchung des ifm (Institut für Mittelstandsforschung) wird der Insolvenzplan in 87,3 Prozent der Fälle als Sanierungsmittel angewendet. Bei Annahme des Insolvenzplans durch das Gericht liegen die durchschnittlichen Befriedigungsquoten der Gläubiger bei 20 Prozent. Zum Vergleich: Bei einer Liquidation erhalten die Gläubiger durchschnittlich 6 Prozent ihrer Ursprungsforderung ersetzt. Die Erstellung eines Insolvenzplans liegt also im Gläubigerinteresse. Aber auch im Interesse der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit. Denn das ifm stellte fest, dass bei einem Insolvenzplanverfahren durchschnittlich 62 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz erhalten.

Mehr Insolvenzpläne!

Dass von der Möglichkeit der Aufstellung eines Insolvenzplanes nach wie vor nur unzureichend Gebrauch gemacht wird, hat viele Ursachen. Kritisiert wird, dass die (vorläufige) Insolvenzverwalterbestellung vom Gericht erfolgt und nicht vom Unternehmer selber oder den Gläubigern. Die Verwalterbestellung aber wird als „Schicksalsfrage“ für das Verfahren gewertet, da von der Kompetenz des Verwalters häufig die Machbarkeit und Durchsetzbarkeit des Insolvenzplanes abhängt. Hinzu kommt die Kostenhürde. Ein Insolvenzplanverfahren kostet etwa 137.000 Euro – zwei Drittel davon fallen an den Insolvenzverwalter für die Erstellung des Planes. Bemängelt wurde schließlich die Bereitschaft der Banken, frisches Geld nachzuschießen, um den Plan durchzusetzen.

Die Qualitätssicherung der Verwalter soll künftig mittels strenger Kriterien erfolgen. Dazu hat eine Kommission unter der Leitung des ehemaligen Insolvenzrichters Wilhelm Uhlenbruck eine Liste von Empfehlungen veröffentlicht, nach denen Insolvenzgerichte Verwalter künftig auswählen, bewerten und beaufsichtigen wollen. Danach müssen die Bewerber eine umfassende juristische und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung vorweisen können. Außerdem sollen sie mindestens drei Jahre in einem Verwalterbüro gearbeitet haben, ehe sie überhaupt in die Auswahlliste der Gerichte aufgenommen werden.

1.9 Finanzierung und Insolvenzen

Seit Sommer, als Verluste mit zweitrangigen Hypothekenkrediten zu Turbulenzen an den Kreditmärkten, Abwärtsbewegungen der Aktienkurse und schließlich auch zu Liquiditätsengpässen einzelner Banken in Deutschland führten, beschäftigt die Subprime Krise nicht nur Anleger.

Die Frage lautet: Schwappt die Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft über und kommt es zu einem credit crunch und damit einer steigenden Zahl von Insolvenzen?

Im November-Monatsbericht der Deutschen Bundesbank wurden die Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Kreditstandards der am Bank Lending Survey teilnehmenden deutschen Banken untersucht. Danach hat in isolierter Betrachtung des Firmenkundengeschäftes die Entwicklung an den Finanzmärkten zu einer etwas restriktiveren Kreditvergabepolitik beigetragen, die jedoch vor allem Kredite an große Unternehmen betraf. Kredite an kleine und mittlere Unternehmen waren hingegen weniger berührt. Für das kommende Quartal gehen die Banken von einer Fortsetzung der bisherigen Entwicklung aus. Sie sagen etwas restriktivere Standards im Unternehmensbereich mit Ausnahme der kleinen und mittleren Unternehmen voraus.

Ungeachtet aller Bekundungen ist allerdings anzunehmen, dass die aktuellen Liquiditätsprobleme und die Vertrauensverluste in der Bankenwelt zu verstärkter Vorsicht im Risikomanagement führen werden. Die Risiken der Kreditvergabe werden strenger bewertet, was dazu führen wird, dass die Mittelzuflüsse geringer, die Konditionen härter werden. Wenn der Zugang zu kurzfristig verfügbarer Liquidität über Bankkredite für mittelständische Unternehmen erschwert werden sollte, ist ein Wiederanstieg der Zahl der Unternehmensinsolvenzen nicht auszuschließen. Umgekehrt zeigte sich doch in den vergangenen Jahren, dass die Insolvenzquoten in Zeiten leicht verfügbarer Liquidität gesunken sind.

Trotz dieser wahrscheinlichen Entwicklung ist die Angst vor einer anstehenden Kreditklemme unbegründet. Unternehmen werden bei der Kreditvergabe bereits seit Basel II einer schärferen Risikoprüfung unterworfen. Hierbei gilt: Unternehmen mit guter Bonität erhalten ohne Probleme ihre Kredite. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Unternehmen mit schlechter Bonität hatten auch schon vor der aktuellen Krise Schwierigkeiten, an Kredite zu kommen. Angesichts der Dominanz der Bankenfinanzierung mittelständischer Unternehmen sind negative Auswirkungen auf eigenkapitalschwache Unternehmen allerdings durchaus möglich.

So zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals im deutschen Mittelstand – trotz einer verbesserten Ertragslage – keine positiven Verbesserungen an. Wenn die Zinsen angehoben würden, werden sich die Kredite auch für mittelständische Unternehmen verteuern.

In jedem Fall wird die Bonität in Zukunft noch mehr zum entscheidenden Unterscheidungsmerkmal bei der Kreditgewährung und -konditionierung, mit der Folge einer Konditionenspreizung – vor dem Hintergrund unterschiedlicher Eigenkapitalquoten.

Hinzu kommt, dass die Subprime Krise unmittelbare Auswirkungen auf die Konjunktur in Deutschland haben könnte. Die Exportnachfrage wird verhaltener ausfallen, allerdings sei die Industrie in Deutschland international so gut aufgestellt und verfüge über so große Auftragsbestände, dass sie diesen Dämpfer gut wegstecken wird, ist sich der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger sicher. Aber er fügt auch hinzu: „Es kann gut sein, dass wir im nächsten Jahr ein deutlich schwächeres Wachstum haben werden, zumal unsere Binnen nachfrage nach wie vor nicht in Schwung gekommen ist“.

Die von der Deutschen Bundesbank befragten Banken haben in der bereits erwähnten Untersuchung den allgemeinen Konjunkturaussichten als Faktor für die Verschärfung bzw. Lockerung der Kreditvergaberichtli-

nien deutlich höhere Bedeutung beigemessen als es noch vor einem halben Jahr der Fall war.

Die weitere Entwicklung hängt entscheidend von den kommenden Monaten ab – zum Beispiel vom Wertberichtigungsbedarf der Banken. Sollte sich die Subprime-Krise nicht entschärfen und die Konjunktur in Deutschland stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, ist von einer Verschlechterung der finanziellen Situation – auch des Mittelstandes – auszugehen. Eine Umkehr der rückläufigen Unternehmensinsolvenzzahlen im nächsten Jahr wäre also nicht auszuschließen.

1.10 Große Firmeninsolvenzen

Die medienrätigste Insolvenz des Jahres 2007 war zweifelsohne die der **Schieder Gruppe**, die sich bereits im ersten Halbjahr 2007 andeutete, jedoch erst Ende Juni 2007 in einen Insolvenzantrag mündete. 3.500 der insgesamt 11.000 Mitarbeiter seien von der Insolvenz betroffen, verkündete Insolvenzverwalter Sven-Holger Undritz. Anfang August stand die Zerschlagung der Gruppe fest. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten wird auf 400 Millionen Euro geschätzt. Die Gläubiger werden allem Anschein nach leer ausgehen. Vier ehemaligen Managern – allen voran dem Firmengründer Rolf Demuth – wird Bilanzmanipulation und Kreditbetrug im großen Stil vorgeworfen. Demuth sitzt seitdem in Untersuchungshaft.

Die **Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH** mit Sitz im ostfriesischen Wiesmoor hat am 23. April beim zuständigen Amtsgericht in Aurich einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wegen Zahlungsunfähigkeit gestellt. Betroffen waren etwa 1.900 Mitarbeiter, darunter rund 800 in Wiesmoor. Bereits Mitte Juli verkündete der Insolvenzverwalter Uwe Kuhmann die Übernahme von Bohlen & Doyen durch die CTP Invest, spol. s.r.o., einen mit niederländischem Kapital ausgestatteten tschechischen Immobilien- und Gewerbetreibenden. Der Geschäftsbetrieb wird künftig unter dem Namen Bohlen & Doyen Bauunternehmung fortgeführt. Durch die Übernahme ist es gelungen, den Geschäftsbetrieb fast unverändert fortzu-

führen sowie nahezu alle Arbeitsplätze zu erhalten. Die Bohlen & Doyen Unternehmensgruppe ist seit über 55 Jahren als Dienstleister der Energiewirtschaft tätig. Bohlen & Doyen bietet ein Komplettangebot von der Planung bis zur Wartung und Betreuung von Projekten im Bereich Gas-, Wasser-, Abwasser-, Strom- und Telekommunikationsleitungen an.

Die **ISE Innomotive Systems Europe GmbH** stellte, ebenso wie die **ISE Industries GmbH**, Ende Januar einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, dem Anfang April entsprochen wurde. Die **ISE INTEX GmbH** hatte bereits Ende des Jahres 2006 den Anfang gemacht. Betroffen sind 1.800 Beschäftigte. Bereits in der vorläufigen Insolvenz hatte sich das Unternehmen mit wesentlichen Kunden, Banken und Warenlieferanten auf eine Fortführung des Geschäftsbetriebes geeinigt. Die Geschäftsführung hatte als Insolvenzgrund die „drohende Zahlungsunfähigkeit“ angegeben – eine Seltenheit, da Unternehmer (wie beschrieben) eher bis zur letzten Patrone kämpfen, als einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen. Die guten Restrukturierungsaussichten werden auch auf die frühe Antragstellung bei ISE zurückzuführen sein.

Bereits am 15. Januar wurde das Insolvenzverfahren über die **Schulte GmbH Fachgroßhandel für Sanitär, Heizung** eröffnet und sofort wegen Masseunzulänglichkeit wieder eingestellt. Betroffen sind 1.700 Beschäftigte. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens war zwingend notwendig geworden, nachdem der größte Kreditgeber der Schulte GmbH einen zweistelligen Millionenkredit fällig gestellt hatte. Da die Gesellschaft nach weitreichenden Restrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre nicht in der Lage war, den Kredit zurückzuzahlen, war der Tatbestand der Zahlungsunfähigkeit gegeben. Laut einer Pressemitteilung vom 15. Januar hat die Richter und Frenzel Gruppe aus München 80 Filialen mit etwa 700 Mitarbeitern aus der insolventen Schulte GmbH erworben.

Der IT-Dienstleister A & O stellte im Juli für zwei seiner Tochterunternehmen, nämlich die **A & O Itec GmbH**

und die **A & O 4-Tec GmbH** einen Insolvenzantrag. Konkret betroffen von den 1.100 Mitarbeitern sind knapp 600 an den Standorten München, Potsdam und Neuss. Die Geschäftsleitung macht vornehmlich die IG Metall verantwortlich, die eine Anpassung der Löhne an ein „marktübliches“ Niveau verhindert hätte. Die IG Metall kontert, dass das Management bisher nicht erklärt habe, warum trotz angeblich wirtschaftlich stabiler Lage der A & O Gruppe die Tochtergesellschaften in die Insolvenz geschickt würden. Die A & O Gruppe beschäftigt nach eigenen Angaben insgesamt 4.000 Mitarbeiter in fast allen europäischen Ländern und ist auf die Wartung von Computern, Faxgeräten, Kopierern und Fotolabor-Maschinen spezialisiert.

Tab. 18: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2007

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	Schieder Gruppe, Schieder-Schwalenberg	Herstellung von Möbeln
	Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH, Wiesmoor	Rohrleitungs- und Kabelleitungstiefbau; Wasserbau; Managementtätigkeiten von sonstigen Holdinggesellschaften (ohne geschlossene Immobilienfonds)
	ISE Innomotive Systems Europe GmbH, Bergneustadt	Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren; Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren; Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern
	ISE Industries GmbH, Bergneustadt	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
	Schulte GmbH Fachgroßhandel für Sanitär und Heizung, Essen	Managementtätigkeiten von sonstigen Holdinggesellschaften (ohne geschlossene Immobilienfonds); Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung
	A & O ITEC GmbH, München	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; sonstige Softwareentwicklung; Einzelhandel mit Computern, Computerteilen, peripheren Einheiten und Software
	Wiemer & Trachte GmbH, Dortmund	Hoch- und Tiefbau
	Klinikum Niederberg GmbH, Velbert	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
	Deilmann-Haniel GmbH, Dortmund	Hoch- und Tiefbau
	BBS Kraftfahrzeugtechnik AG, Schiltach	Groß- und Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör; Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern sowie von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren
	Erich Rohde KG, Schwalmstadt	Herstellung von sonstigen Schuhen

Quelle: Creditreform-Datenbank

Die zweite große Pleite im Baugewerbe im Jahr 2007 betraf die **Wiemer und Trachte GmbH** aus Dortmund, die Anfang April einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen Überschuldung stellte. Das Verfahren wurde am 1. Juni eröffnet. Betroffen sind rund 1.000 Beschäftigte. Das operative Geschäft des Unternehmens ist mittlerweile eingestellt, es wird nur noch abgewickelt.

Am 1. März wurde das Insolvenzverfahren über das bislang erste und einzige Krankenhaus eröffnet, die **Klinikum Niederberg GmbH** in Velbert. Betroffen waren etwa 900 Mitarbeiter. Das Krankenhaus beantragte die Eigenverwaltung und legte einen Insolvenzplan vor, der Ende März bestätigt wurde. Darin vorgesehen ist eine jährliche Kostenreduzierung um 1,7 Millionen Euro inklusive der Streichung von 78 Stellen.

Auf Platz acht rangiert abermals ein Bauunternehmen: Die Bergbaufirma **Deilmann-Haniel GmbH** mit Sitz in Dortmund stellte am 16. April 2007 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, dem am 1. Juni entsprochen wurde. Am selben Tag allerdings wurde die Masseunzulänglichkeit angezeigt. Im Jahr 2000 zählte das Unternehmen noch 2.000 Beschäftigte. Aktuell sind es noch 620, von denen nun 320 die Arbeitslosigkeit droht. Das Traditionsunternehmen wurde 1888 gegründet und war darauf spezialisiert, Schächte zu graben und unter Tage Zugangswege zu den Kohlelagerstätten anzulegen.

Das Insolvenzverfahren über die **BBS Kraftfahrzeugtechnik AG** aus Schiltach wurde am 1. Mai eröffnet. Mittlerweile wurde die BBS an die Firma Punch International aus Belgien verkauft. Die Standorte Schiltach und Herbolzheim sollen erhalten bleiben. Wie viele der 745 deutschen und insgesamt 1.210 Mitarbeiter übernommen werden, steht noch nicht fest.

Der traditionsreiche Schuhfabrikant **Erich Rohde KG** stellte am 1. Juni einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Die knapp 500 Arbeitsplätze am Standort Schwalmstadt sind zunächst gerettet, der

Betrieb sei für die nächsten sechs Monate gewährleistet, weil die EU-Kommission in Brüssel eine Bürgschaft des Landes Hessen genehmigt hat. Bis Ende des Jahres soll ein Investor für die Übernahme des Unternehmens gefunden werden. Nach Auskunft von Insolvenzverwalter Carsten Koch gibt es vier ernsthafte Interessenten. Für das Unternehmen war ein Sanierungskonzept erarbeitet worden. Die vier Interessenten erstellen derzeit Konzepte und Angebote für eine Übernahme, sagte Insolvenzverwalter Koch. "Es sieht im Moment eigentlich alles ganz gut aus." Ob alle Arbeitsplätze erhalten blieben, müsse abgewartet werden. Er sei aber optimistisch, betonte Koch. Zur Höhe der Bürgschaft wollte das Ministerium keine Angaben machen. "Vor allem ist jetzt die Vorfinanzierung der wichtigen Herbst- und Winterkollektion möglich", sagte Wirtschaftsminister Alois Rhiel. Da Bürgschaftshilfen nur unter strengen europäischen Richtlinien möglich seien, habe die EU-Kommission die Rettungsaktion genehmigen müssen. Wegen der geringen Nachfrage nach Winterschuhen und mutmaßlichen betrügerischen Bankrotts des Senior-Chefs Wilhelm Schmitt hatte Rohde Insolvenz angemeldet.

Von der Presse weniger beachtet und in den Statistiken verschwindend sind die Insolvenzen, die vornehmlich mit Teilzeitkräften und Aushilfen arbeiten. Das sind vor allem Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigungsfirmen. Allein in diesem Jahr erwischte es die Firma Nordwacht GmbH und Co. KG mit 600 Beschäftigten, die Rational Gebäudereinigung GmbH und Co. KG mit 550 Teilzeit- und Stundenkräften, die Meffert GmbH und Co. KG mit bis zu 900 Aushilfen, die Apollo Gebäudedienste GmbH mit 780 Teilzeitkräften und die HS Dienstleistungs GmbH Schwarza mit 900 Teilarbeitskräften.

■ 2 **Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen**

2.1 Gründungsbilanz

Die Zahl der Unternehmens- und Existenzgründungen ist im Jahr 2007 weiter rückläufig. Wurden im Vorjahr noch fast 882.000 Unternehmen und Gewerbebetriebe

neu in die Register eingetragen, so rechnet die Creditreform Wirtschaftsforschung für dieses Jahr mit 855.600 Gewerbeanmeldungen. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Anmeldungen damit um drei Prozent zurückgegangen. Während die Neueintragungen einen Rückgang verzeichnen, dürften die Abmeldezahlen leicht steigen. Im Jahr 2007 werden voraussichtlich 719.600 Betriebe und damit 0,9 Prozent mehr als im Vorjahr aus den Registern gelöscht. Die Gründungsbilanz weist damit einen positiven Saldo in Höhe von 136.000 Betrieben auf. Doch sind netto weit weniger Gewerbebetriebe hinzugekommen als 2006. Die sehr positive Konjunktur- und Arbeitsmarktlage hierzulande bringt für viele Existenzgründer wieder gute Chancen, eine abhängige Beschäftigung zu finden. Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr Fördermaßnahmen (Stichwort: Ich-AG) ausgelaufen sind. Den neuen Instrumenten gelang es nicht, einen ähnlichen Gründungsboom auszulösen.

Tab. 19: Gründungsbilanz 2007 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	756.300 (779.100)	- 2,9	656.900 (646.900)	+ 1,5
Handels- register:	99.300 (102.700)	- 3,3	62.700 (66.400)	- 5,6
Gesamt:	855.600 (881.800)	- 3,0	719.600 (713.300)	+ 0,9
Saldo:	136.000 (168.500)	- 19,3		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2006

In Westdeutschland sank die Zahl der Neuanmeldungen um 1,7 Prozent und damit weniger stark als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Insgesamt wurden in den alten Bundesländern 698.400 Betriebe neu gegründet. Besonders deutlich ging im Jahr 2007 die Zahl der Neugründungen im Handelsregister zurück. Zwar wurden ebenfalls weniger Gewerbeanmeldungen gezählt, deren Zahl verringerte sich allerdings lediglich um eineinhalb Prozent. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass eine Vielzahl der neuen Unternehmen Klein- und Kleinstgründungen darstellen.

Tab. 20: Gründungsbilanz 2007 *) für Westdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	616.000 (625.350)	- 1,5	530.300 (520.600)	+ 1,9
Handels- register:	82.400 (85.350)	- 3,5	51.000 (55.200)	- 7,6
Gesamt:	698.400 (710.700)	- 1,7	581.300 (575.800)	+ 1,0
Saldo:	117.100 (134.900)	- 13,2		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2006

Im Jahr 2007 lässt die Gründungsdynamik in Ostdeutschland stark nach. Insgesamt werden rund acht Prozent weniger Betriebe neu in die Register eingetragen als im Vorjahr. Damit ist der Rückgang fast fünfmal so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Ähnlich dem gesamtdeutschen Trend steigt östlich der Elbe die Zahl der Abmeldungen leicht an. Die Löschungen aus dem Handelsregister nehmen dabei sehr stark zu. Beinahe genauso häufig wie im Vorjahr werden kleinere Gewerbebetriebe und Existenzgründungen abgemeldet. Der Saldo aus An- und Abmeldungen verringert sich in Ostdeutschland binnen Jahresfrist um 44 Prozent auf nur noch 18.900 Betriebe. In den neuen Bundesländern wirkt damit der Wegfall der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente weit stärker auf die Gründungsintensität im Westteil Deutschlands.

Osten: Gründungsbereitschaft stark rückläufig

Tab. 21: Gründungsbilanz 2007 *) für Ostdeutschland **)

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	140.300 (153.750)	- 8,7	126.600 (126.300)	+ 0,2
Handels- register:	16.900 (17.350)	- 2,6	11.700 (11.200)	+ 4,5
Gesamt:	157.200 (171.100)	- 8,1	138.300 (137.500)	+ 0,6
Saldo:	18.900 (33.600)	- 43,8		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2006; **) inkl. Berlin

Bei der Betrachtung der langfristigen Entwicklung der Neugründungen fällt auf, dass viele Gründungsvorhaben durch staatliche Förderprogramme induziert waren. So lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen in den Jahren 2004 und 2005 jeweils deutlich über 900.000. Nachdem die Gründungsförderung 2006 reformiert wurde, wagten weit weniger Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit. Dieser Trend hat sich in diesem Jahr noch verstärkt. So wurden im September 211.700 Personen von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Selbstständigenförderung bezuschusst. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 23 Prozent.

**Trotz Fördermaßnahmen –
Deutsche eher zögerlich**

Trotz eines internationalen Spitzenplatzes bei der öffentlichen Förderinfrastruktur und dem Schutz geistigen Eigentums bleibt Deutschland bei der Gründungsbereitschaft weit hinter anderen Staaten zurück. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermittelte jüngst, dass sich hierzulande trotz der guten Voraussetzungen weniger Menschen selbstständig machen als anderswo. Mehr noch: Wenn der Schritt in die Selbstständigkeit erfolgt, dann häufig aus der Not heraus. Hinzu kommt, dass viele Gründer den Kapitalbedarf der Gründungsinvestition unterschätzen und Sicherheiten für notwendige Kredite fehlen. Das Gründungsvorhaben führt dann oftmals nicht zum erhofften Erfolg.

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2007 *) in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	910.500	694.900	215.600
2006	881.800	713.300	168.500
2007 *)	855.600	719.600	136.000

*) von Creditreform geschätzt

Konjunkturaufschwung am Arbeitsmarkt bremst Neu- gründungen

Neu entstehende abhängige Arbeitsverhältnisse und Gehalts- und Lohnsteigerungen in vielen Wirtschaftsbereichen werden in den kommenden Monaten für eine weiter sinkende Gründungsneigung sorgen. Nach der Reform der Existenzgründungsförderung haben die Fördermaßnahmen für Existenzgründer deutlich an Attraktivität eingebüßt. Das wird sich in den Gewerbeanmeldezahlen niederschlagen. Dennoch dürften wirtschaftsaktive Neugründungen in Zukunft einen größeren Anteil am Gründungsgeschehen haben.

2.2 Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung

Ein Großteil der 855.600 neu in die Register eingetragenen Betriebe entfaltet nur eingeschränkte oder gar keine wirtschaftliche Aktivität. Zur Überprüfung der tatsächlichen Wirtschaftsaktivität werden mit Hilfe der Creditreform Unternehmensdatenbank die Neueintragungen hinsichtlich Geschäftsverbindung, Kreditwürdigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen beurteilt. Unternehmen, die eines dieser Merkmale aufweisen, können als wirtschaftsaktiv klassifiziert werden.

Im Zuge des Rückgangs bei den Neueintragungen insgesamt sinkt auch die Zahl wirtschaftsaktiver Gründungen. Für das Jahr 2007 sind nach Berechnungen der Creditreform Wirtschaftsforschung rund 126.000 Unternehmen hinzugekommen, deren Mitarbeiterzahl, Rechtsform und Geschäftsbeziehungen auf wirtschaftliche Aktivität hindeuten. Das ist ein Minus von 17,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

**Tab. 23: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland
im Jahr 2007**

■	Wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	12.700 (5.700)
Baugewerbe	8.100 (11.300)
Handel	25.000 (44.500)
Dienstleistungen	80.200 (91.200)
Gesamt	126.000 (152.700)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Viele neue Arbeitsplätze durch Neugründungen

Die 126.000 neuen Unternehmen verteilen sich unterschiedlich auf die vier Hauptwirtschaftsbereiche. Mit 80.200 Betrieben stellt der Dienstleistungssektor erneut den Löwenanteil. Ein deutlich größerer Anteil als im letzten Jahr entfällt auf das Verarbeitende Gewerbe. Dagegen ist der Anteil wirtschaftsaktiver Neugründungen aus dem Baugewerbe und dem Handel stark rückläufig.

Im Verarbeitenden Gewerbe verfügt jede Neugründung im Durchschnitt über fünf Beschäftigte. Neue Unternehmen aus den Wirtschaftsbereichen Handel und Dienstleistungen sind mit zwei Mitarbeitern in der Regel deutlich kleiner. Aus der Zahl der neuen wirtschaftsaktiven Betriebe kann unter diesen Prämissen die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze ermittelt werden: Demnach sind im Jahr 2007 durch neu gegründete, wirtschaftsaktive Unternehmen knapp 300.000 neue Arbeitsplätze entstanden und damit ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Tab. 24: Zahl neugeschaffener Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Gründungen 2007 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 12.700	63.500 (22.800)
Baugewerbe	3 x 8.100	24.300 (22.600)
Handel	2 x 25.000	50.000 (89.000)
Dienstleistungen	2 x 80.200	160.400 (91.200)
Gesamt		298.200 (225.600)

*) gerundet

2.3 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern

Die Unterteilung der Neueintragungen ins Handelsregister nach Wirtschaftszweigen zeigt, dass der Anteil der unternehmensnahen Dienstleister im Jahr 2007 erneut am größten war. Mehr als ein Drittel (34 Prozent) der neu ins Handelsregister eingetragenen Unternehmen kamen aus diesem Sektor. Mit einigem Abstand folgt der Handel. Der Anteil der Groß- und Einzelhändler an allen Handelsregisterneueintragungen ist in 2007 jedoch rückläufig und beträgt noch 16,1

Gründungen meist Dienstleister

Prozent. 6,6 Prozent der neu eingetragenen Unternehmen kommen aus dem Baugewerbe, ebenso viele sind Betriebe aus dem Verarbeitenden Gewerbe.

Der Vergleich zwischen den Regionen Ost und West zeigt Unterschiede in der Branchenstruktur der Neugründungen. In Ostdeutschland weisen die beiden Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe und Bau höhere Anteile bei den Neugründungen aus. Gleichzeitig ist der Anteil der Neulinge aus dem Sektor der Unternehmensdienstleistungen zwischen Ostsee und Erzgebirge deutlich geringer als in Westdeutschland. Nicht zu vernachlässigen ist, dass technologieintensive Neugründungen aus dem Wirtschaftsbereich Forschung und Entwicklung sowie der Softwarebranche in Ostdeutschland anteilmäßig etwas geringer vertreten sind als in der alten Bundesrepublik (3,1 vs. 3,6 Prozent). Immerhin knapp neun Prozent aller Neugründungen im Ostteil Deutschlands – das sind rund 1.500 Betriebe – kommen aus dem Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen (Wäscherei, Friseure, Kosmetik etc.). Damit ist der Anteil dieser Branche fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Tab. 25: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2007

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fisch- zucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	829	1,0	378	2,2	1.207	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	5.389	6,5	1.206	7,1	6.595	6,6
Energie u. Wasser - Versorgung	1.231	1,5	401	2,4	1.632	1,6
Baugewerbe	5.051	6,1	1.474	8,7	6.525	6,6
Kfz-Handel	2.039	2,5	401	2,4	2.440	2,5
Groß- u. Einzelhandel	13.831	16,8	2.192	13,0	16.023	16,1
Gastgewerbe	1.830	2,2	445	2,6	2.275	2,3
Verkehr u. Logistik	4.318	5,2	653	3,9	4.971	5,0
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	2.452	3,0	626	3,7	3.078	3,1
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	9.098	11,0	2.570	15,2	11.668	11,8
Datenverarbeitung, Forschung u. Entwickl.	3.011	3,6	523	3,1	3.534	3,6
unternehmensnahe Dienstleistungen	29.184	35,4	4.534	26,9	33.718	34,0
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	4.140	5,0	1.477	8,8	5.617	5,7
Summe	82.403	100,00	16.880	100,00	99.283	100,00

Die knapp 99.300 Neueintragungen ins Handelsregister verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Regionen: Die großen Flächenländer Bayern und Nordrhein-Westfalen haben die meisten Neugründungen zu verzeichnen. Vier von zehn Handelsregisterneueintragungen werden in einem dieser beiden Bundesländer vorgenommen. Die wenigsten Neueintragungen von Unternehmen finden sich im Saarland sowie in Bremen. Hier kommt es im Schnitt pro Tag zu lediglich rund zwei Neugründungen.

Den größten Zuwachs an neugegründeten Betrieben gibt es 2007 in Hamburg. In der Hansestadt wurden

fast 6.000 Unternehmen in das Handelsregister eingetragen – 8,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Region sticht durch einen hohen Anteil an Dienstleistungsgründungen hervor. Für solche Betriebe ist der Kapitalbedarf bei der Gründung eher gering, so dass sie sich einem beherrschbaren finanziellen Risiko gegenübersehen.

Bei den Flächenländern schafften einzig Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein echtes Plus gegenüber 2006. Eine Reihe von Bundesländern musste dagegen einen zweistelligen Rückgang der Handelsregisterneueintragungen hinnehmen. In Bremen ist das Minus mit 38 Prozent am größten. Aber auch Sachsen-Anhalt verzeichnet 2007 einen deutlichen Rückgang der Neueintragungen (minus 24,7 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr sind die Unternehmensgründungen in dem ostdeutschen Bundesland um ein Viertel zurückgegangen.

Tab. 26: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2007

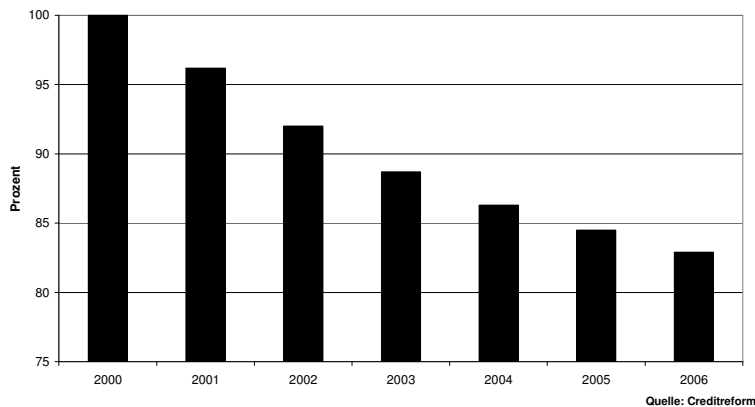
■	Neueintragungen		Löschungen	Saldo
	absolut	Veränderung zu 2006		
Baden-Württemberg	9.880	- 11,5	8.886	994
Bayern	17.008	+ 0,2	8.323	8.685
Berlin	7.020	+ 0,7	3.205	3.815
Brandenburg	2.219	- 7,9	1.345	874
Bremen	702	- 38,0	632	70
Hamburg	5.959	+ 8,4	2.489	3.470
Hessen	8.852	- 4,5	5.682	3.170
Mecklenburg-Vorp.	1.378	+ 3,7	1.361	17
Niedersachsen	9.581	+ 0,2	5.456	4.125
Nordrhein-Westfalen	22.910	- 0,8	14.569	8.341
Rheinland-Pfalz	3.446	- 8,1	2.216	1.230
Saarland	811	- 10,5	758	53
Sachsen	3.368	+ 4,8	2.752	616
Sachsen-Anhalt	1.404	- 24,7	1.549	-145
Schleswig-Holstein	3.253	- 22,9	1.990	1.263
Thüringen	1.492	- 6,5	1.478	14
Gesamt	99.283	- 3,6	62.691	36.592

In einer aktuellen Studie der Leibniz Universität Hannover wird die Stadt Hildesheim als gründerfreundlichste Stadt Deutschlands gekürt. Auf den weiteren Plätzen folgen Hamburg und die Region Bodensee. Der Global Entrepreneurship Monitor (GEM) findet besonders gute Standortbedingungen für neue Unternehmen in Hamburg sowie in Baden-Württemberg. Schwierige Voraussetzungen für den Start eines neuen Unternehmens herrschen dagegen in Mecklenburg-Vorpommern und in Bremen. In den neuen Bundesländern ist die Angst, mit dem Gründungsvorhaben zu scheitern, gemäß dem GEM am größten ausgeprägt. Das scheint die Gründungsaktivitäten zu dämpfen.

2.4 Exkurs: Was ist aus den Millenniums-Gründungen geworden?

Unternehmen, die um die Jahrtausendwende an den Start gingen, mussten bereits nach kurzer Zeit ihre erste Bewährungsprobe bestehen. Nach dem Zusammenbruch des New Economy Booms und den Terroranschlägen in den USA stürzte die Weltwirtschaft und mit ihr die deutsche Volkswirtschaft ab. Während das heimische Bruttoinlandsprodukt noch 2000 real um 3,2 Prozent wuchs, waren es ein Jahr später lediglich noch 1,2 Prozent. 2002 stagnierte die deutsche Wirtschaft und 2003 rutschte sie das erste Mal seit zehn Jahren in die Rezession. Das reale Bruttoinlandsprodukt verringerte sich um 0,2 Prozent. Viele Betriebe mussten infolge der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufgeben. Die Insolvenzzahlen schossen in die Höhe. Zwischen 2000 und 2003 stieg die Zahl der Unternehmenspleiten um 41,3 Prozent von 27.930 auf 39.470.

Grafik 3: Überlebensrate der Millennium-Gründungen



Untersuchungen zeigen, dass überdurchschnittlich viele Gründer in den ersten Jahren ihrer Existenz die Segel streichen müssen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Finanzierungsprobleme, Managementfehler, Nachfrageeinbruch, aber auch hohe Forderungsverluste spielen eine Rolle. Was aber ist aus den Unternehmensgründungen des Millennium-Jahres 2000 geworden? Die nachfolgende Untersuchung zeichnet die Überlebensrate dieses Gründungsjahrgangs bis heute nach.

Tab. 27: Branchenstrukturvergleich (Anteile in Prozent)

■	Millenniums-Gründungen	Gesamtwirtschaft
Verarbeitendes Gewerbe	8,0	14,2
Baugewerbe	11,8	9,4
Handel	22,6	26,4
Dienstleistungen	57,6	50,0

Im Millennium-Jahr 2000 wurden ca. 117.000 Betriebe neu in das Handelsregister eingetragen. Ein Großteil dieser Unternehmen (57,6 Prozent) zählte zum Dienstleistungssektor, gut jeder neunte Betrieb (11,8 Prozent) zum Baugewerbe (Vgl. Tab. 27). Das Verarbeitende Gewerbe war im damaligen Technologieboom unterrepräsentiert.

83 Prozent der Millenniums-Gründungen noch am Markt

Rund 17 Prozent der Unternehmen, etwa 20.000, sind nach Berechnungen der Creditreform Wirtschafts-

forschung zwischenzeitlich in die Insolvenz gerutscht. Davon wurde ein Viertel allein im ersten Jahr nach der Unternehmensgründung zahlungsunfähig. Im zweiten Jahr kommen noch einmal ebenso viele neue Insolvenzfälle hinzu. Danach sinkt die Zahl der zahlungsunfähigen Betriebe stetig. Ende 2006 schlitterten schließlich 1.900 Millenniums-Gründungen erstmals in die Pleite. Somit sind sechs Jahre nach dem Start noch knapp 83 Prozent der damaligen Neugründungen am Markt (Vgl. Grafik 3).

Tab. 28: Entwicklung der Millenniums-Gründungen

■	Insolvenzfälle (Anzahl)	Ausfallquote*)
2001	4.405	3,75
2002	4.932	4,37
2003	3.927	3,63
2004	2.776	2,67
2005	2.098	2,07
2006	1.898	1,91

*) Ausfälle / Unternehmensbestand

■ 3 Zusammenfassung

Insgesamt beläuft sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen für das Jahr 2007 auf 27.490 Fälle, was einem Rückgang von 10,4 Prozent (2006: 30.680 Fälle) im Jahresverlauf entspricht. Im vergangenen Jahr waren die Unternehmensinsolvenzen noch um 16,7 Prozent zurückgegangen. Der Trend hat sich damit leicht verlangsamt. Bei den Verbraucherinsolvenzen hingegen ist ein neues Rekordhoch zu verzeichnen. Zum ersten Mal seit Bestehen der Insolvenzordnung durchbrachen die Konkurse von Privatpersonen die 100.000er-Grenze: Insgesamt 109.330 Personen beantragten bei Gericht die Restschuldbefreiung. Die sonstigen Insolvenzen – Nachlasskonkurse und persönlich haftende Gesellschafter – belaufen sich im Jahr 2007 auf 30.180 Fälle und verzeichnen damit einen leichten Rückgang von minus 4,9 Prozent.

Insgesamt beläuft sich die Zahl aller Insolvenzen für das Jahr 2007 auf 167.000 Fälle. Das sind 12.140 Insolvenzen oder 7,8 Prozent mehr als 2006.

In Westdeutschland verlangsamte sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um die Hälfte und beträgt aktuell minus 8,1 Prozent. 21.530 Konkurse gingen zu Gericht (2006: 23.440 Insolvenzen). In Ostdeutschland hingegen ist ein Rückgang von 17,7 Prozent auf 5.960 zu verzeichnen.

Die Verbraucherinsolvenzen nahmen im Westen um 17,0 Prozent auf 81.540 betroffene Personen zu und im Osten um 22,3 Prozent auf 27.790 Personen. Insgesamt wurden in Westdeutschland 124.490 Insolvenzanträge gestellt, was einem Anstieg von 7,5 Prozent im Jahresverlauf entspricht, in Ostdeutschland waren es 8,9 Prozent mehr und ein Gesamtaufkommen von 42.510 Fällen.

Wie auch schon im letzten Jahr, verzeichnet das Baugewerbe den stärksten Rückgang, ist aber nach wie vor die am meisten insolvenzgefährdete Branche: Binnen Jahresfrist reduzierte sich der Anteil der Baubetriebe am Insolvenzgeschehen um 15,9 Prozent auf knapp 5.000 betroffene Betriebe. Im vergangenen Jahr waren noch fast 1.000 Insolvenzen mehr zu beklagen gewesen. Die Risikoquote (Zahl der aktiven Unternehmen einer Branche bezogen auf die Zahl der Insolvenzen in dieser Branche) des Baugewerbes liegt aktuell bei 154 (Vorjahr: 183). Zum Vergleich: Die Risikoquote über alle Branchen hinweg liegt aktuell bei 90 (Vorjahr: 101). Am wenigsten unter Insolvenzen unter Branchengesichtspunkten zu leiden hat das Verarbeitende Gewerbe. Binnen Jahresfrist konnte das Insolvenzaufkommen in dieser Branche noch einmal um 14,5 Prozent auf 2.890 Unternehmen reduziert werden – die aktuelle Risikoquote liegt bei 77 (Vorjahr: 90).

Der Anteil an Mikrobetrieben am Insolvenzgeschehen steigt seit Jahren an. Jeder vierte Konkursantrag (25,5 Prozent; Vorjahr: 22,7 Prozent) betrifft mittlerweile einen Betrieb, der weniger als 100.000 Euro im Jahr umgesetzt hat. Betriebe, die fünf Millionen Euro und

mehr Umsatz pro Jahr erwirtschaften, machen demgegenüber nur einen sehr geringen Teil vom Insolvenzgeschehen aus, der allerdings leicht anstieg: In diesem Jahr sind es 4,2 Prozent Anteil; im Jahr 2006 waren es 4,1 Prozent. 15,5 Prozent (Vorjahr: ebenfalls 15,5 Prozent) der Insolvenzen betreffen Unternehmen, die nicht älter als zwei Jahre sind. Ein gutes Drittel der Konkurse (35,4 Prozent; Vorjahr: 35,0 Prozent) wird von Betrieben gestellt, die schon länger als zehn Jahre am Markt agieren.

Der Creditreform Bonitätsatlas stellt die Insolvenzgefährdung von Unternehmen auf Bundesländer- und Kreisebene dar. Die meisten insolvenzgefährdeten Unternehmen gibt es in Sachsen-Anhalt, die wenigsten in Bayern. Der Kreis mit dem niedrigsten Creditreform-Risiko-Indikator, der die Ausfallwahrscheinlichkeit misst, ist Rhön-Grabfeld in Bayern, gefolgt von den Kreisen München und Starnberg. Den höchsten Creditreform-Risiko-Indikator gibt es im Bördekreis in Sachsen-Anhalt. Es folgen die Kreise Aschersleben-Staßfurt (Sachsen-Anhalt) und Osterode am Harz (Niedersachsen).

Die Summe der Insolvenzschiäden beläuft sich für das Jahr 2007 auf 29,2 Milliarden Euro. Das sind 1,9 Milliarden Euro weniger als noch vor einem Jahr. Davon entfallen 21,2 Milliarden Euro (Vorjahr: 22,4 Milliarden Euro) auf die privaten Gläubiger; die öffentliche Hand trifft es mit 8,0 Milliarden Euro (Vorjahr: 8,7 Milliarden Euro). Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste beläuft sich aktuell auf 440.000 Betroffene. Das sind 7,0 Prozent weniger als noch vor einem Jahr.

Die bislang größte Insolvenz des Jahres 2007 ist die des Möbelherstellers Schieder, dessen Untergang sich bereits in der ersten Jahreshälfte ankündigte, aber erst Ende Juni in einen Insolvenzantrag mündete. Betroffen sind etwa 3.500 der 11.000 Mitarbeiter. Ebenfalls Konkurs anmelden mussten in diesem Jahr die Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH, die ISE Innomotive Systems Europe GmbH, die Schulte GmbH Fachgroßhandel für Sanitär und Heizung sowie zwei Tochterunternehmen des IT-Dienstleisters A & O. Bereits im

ersten Halbjahr 2007 traf es die Wiemer & Trachte GmbH aus Dortmund, das Klinikum Niederberg und die Deilmann-Haniel GmbH. Ebenfalls zu den Top Ten der größten Insolvenzen in diesem Jahr zählen die BBS Kraftfahrzeugtechnik AG sowie der Schuhhersteller Erich Rohde KG.

Die Zahl der Unternehmens- und Existenzgründungen ist im Jahr 2007 weiter rückläufig. Wurden im Vorjahr noch fast 882.000 Unternehmen und Gewerbebetriebe in die Register eingetragen, so rechnet die Creditreform Wirtschaftsforschung für dieses Jahr mit 855.600 Gewerbebeanmeldungen. Die sehr positive Konjunktur- und Arbeitsmarktlage hierzulande birgt für viele potenzielle Existenzgründer wieder gute Chancen, eine abhängige Beschäftigung zu finden. Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr Fördermaßnahmen (Stichwort: Ich-AG) ausgelaufen sind. Den neuen Instrumenten gelang es nicht, einen ähnlichen Gründungsboom auszulösen. Während die Neueintragungen einen Rückgang verzeichnen, dürften die Abmeldezahlen auf 719.600 Betriebe leicht steigen.

In Ostdeutschland lässt die Gründungsdynamik stärker nach. Insgesamt wurden rund acht Prozent weniger Betriebe neu in die Register eingetragen als im Vorjahr. Damit ist der Rückgang fast fünfmal so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Deutschlandweit sind im Jahr 2007 rund 126.000 Unternehmen hinzugekommen, deren Mitarbeiterzahl, Rechtsform und Geschäftsbeziehungen auf eine größere wirtschaftliche Aktivität hindeuten. Durch neu gegründete wirtschaftsaktive Unternehmen sind knapp 300.000 Arbeitsplätze entstanden und damit ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Die großen Flächenländer Bayern und Nordrhein-Westfalen haben 2007 die meisten Neugründungen zu verzeichnen. Vier von zehn Handelsregisterneueintragungen werden in einem dieser beiden Bundesländer vorgenommen. Die wenigsten Neueintragungen von Unternehmen finden sich im Saarland sowie in Bremen. Hier kommt es im Schnitt pro Tag zu lediglich

zwei Neugründungen. Den größten Zuwachs an neu-
gegründeten Betrieben gibt es in Hamburg. In der
Hansestadt wurden fast 6.000 Unternehmen in das
Handelsregister eingetragen – 8,4 Prozent mehr als im
Vorjahr.

Neuss, 04. Dezember 2007

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Annemarie Sahm, Telefon:(02131) 109-229

Dr. Hardy Gude, Telefon: (02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2007, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der
Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese
Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgend-
einer Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Li-
zenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich.
Ausgenommen ist die journalistische und wissen-
schaftliche Verbreitung.*